



# GUTE ARGUMENTE AUS DEM BÜROKOLLEKTIV JELPKE

## Verfassungsschutzbericht NRW – eine Behörde führt Wahlkampf

Der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, FDP-Politiker Wolf, hat Ende März den Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz vorgestellt. Dieser widmet sich auf insgesamt 18 Seiten der Partei DIE LINKE NRW. Diese bietet auch weiterhin „Anhaltspunkte für den Verdacht extremistischer Bestrebungen“. Die Belege für diesen Verdacht sind äußerst dünn.

### **Antikapitalismus ist nicht verfassungsfeindlich**

In einer bahnbrechenden Entscheidung hat das Bundesverfassungsgericht 1972 festgestellt: das Grundgesetz ist wirtschaftspolitisch neutral. Es enthält bestimmte Grundgarantien – wie die Berufsfreiheit, die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Eigentums. Andererseits macht es auch Enteignungen möglich – wie sie zuletzt von CDU/CSU und SPD im Fall der „Hypo Real Estate“ beschlossen wurden. In Nordrhein-Westfalen kommt hinzu, dass die Landesverfassung die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien und Infrastruktur ausdrücklich vorsah. Die Landesverfassung enthält auch ein Recht auf Bildung, Arbeit und Wohnung. Alles Rechte, die sich auf der Basis kapitalistischer Verhältnisse nicht dauerhaft gewährleisten lassen, wie die hohe Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen, die große Zahl von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz und die steigenden Obdachlosenzahlen zeigen.

### **Die „Demokratisierung der Demokratie“ ist nicht verfassungsfeindlich**

Der Verfassungsschutz NRW räumt selbst ein, dass eine „extremistische Position nur dann vorliegt, wenn mit der geforderten Überwindung des Kapitalismus die Negierung demokratischer Grundprinzipien einhergeht“. Als „Beleg“, dass genau das Position der Linkspartei NRW sei, führt er ein Zitat aus den „Positionen zur Landespolitik“ an, dass den „Systemwechsel“ als eine „Demokratisierung der Demokratie“ beschreibt. Der Verfassungsschutz bleibt allerdings den Nachweis schuldig, worin hier genau die feindliche Haltung gegenüber der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bestehen soll. Die radikale Demokratisierung der Gesellschaft, die u.a. in den landespolitischen Positionen der Linkspartei NRW gefordert wird, geht vor allem über die parlamentarische Demokratie hinaus. Wenn DIE LINKE. etwas an der freiheitlich-demokratischen Grundordnung kritisiert, dann sind das ihre uneingelösten Versprechen von Freiheit und Gleichheit aller Menschen.

### **Kontakte zu Kommunisten und außerparlamentarischen Linken sind nicht verfassungsfeindlich**

Der Verfassungsschutz hält der Linkspartei in seinem Bericht das Bekenntnis zu Bündnissen und Zusammenarbeit unter anderem mit der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) und mit außerparlamentarischen Bewegungen vor. Auch diese Zusammenarbeit wird als „Anhaltspunkt“ für verfassungsfeindliche Bestrebungen gesehen. Hier wird eine „Kontaktschuld“ konstruiert: wer mit dem „Bösen“ in Berührung kommt, muss irgendwie auch selbst „böse“ sein.

Die DKP ist eine legale Partei, die sich wie jede andere Partei an Wahlen beteiligt. Sie tritt dabei in Konkurrenz zur Linkspartei auf oder verzichtet auf eine eigene Kandidatur, wenn sie es politisch für richtig hält. Beide agieren jedenfalls politisch völlig eigenständig – und arbeiten zusammen, wo es programmatische Überschneidungen gibt: bei der Frage von Krieg und Frieden, beim Kampf für den Erhalt und Ausbau des Sozialstaates, beim aktiven Widerstand gegen Neofaschisten, etc.



**Ulla Jelpke**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Dies gilt genau so auch für außerparlamentarische Bewegungen. In seinem Bericht zitiert der Verfassungsschutz die Linksjugend[solid] mit den Worten, sie habe eine Scharnierfunktion „zwischen der außerparlamentarischen Linken und der Partei DIE LINKE“, da „gesellschaftliche Veränderungen [...] nicht allein in den Parlamenten herbeigeredet“ werden könnten. Und schreibt weiter: „Dies wirft die Frage nach Kontakten zu extremistischen Gruppen außerhalb der Partei DIE LINKE auf.“ Hier werden also einfach mal außerparlamentarisch aktive Linke mit „extremistischen Gruppen“ gleichgesetzt – ganz so, als könnten Demokratinnen und Demokraten nicht auch außerhalb von Parlamenten für gesellschaftliche Veränderungen streiten.

### **Links = Rechts?**

Gerade bei der Präsentation des Verfassungsschutzberichtes warnte der Landesinnenminister vor der Gewalt der Extremisten von links und rechts. Um es klar zu sagen: Gewalt von rechts bedeutet gezielte Angriffe auf Andersdenkende, Menschen nicht-deutscher Herkunft, Homosexuelle und Obdachlose. Die „Gewalt von links“ steht ausschließlich im Zusammenhang mit Aktionen gegen Neofaschisten, vor allem bei Gegendemonstrationen. Es ist bekannt, dass die Polizei mit großer Härte gegen anti-faschistische Proteste vorgeht, während in ihrem Rücken die Neonazis volksverhetzende Reden halten. Die Gleichsetzung von „Links- und Rechtsextremismus“ ist politisch vollkommen unerträglich. Diese Gleichsetzung ist eine bewusste Strategie der „Mitte der Gesellschaft“, um linke und fortschrittliche Positionen zu diskreditieren. Sie täuscht darüber hinweg, dass es gerade die Parteien der „Mitte“ sind, die in Gestalt der CDU rassistische Vorurteile für sich mobilisieren („Kinder statt Inder“). Ein weiteres Beispiel für diesen „Extremismus der Mitte“ ist ausgerechnet die NRW-FDP des Innenministers, die ihren früheren Vorsitzenden Möllemann im Bundestagswahlkampf 2002 nicht von populistischen Attacken auf Israel und prominente deutsche Juden abhalten konnte – oder wollte.

### **Die Linkspartei – auf den Spuren Lenins?**

Wortreich versucht der Verfassungsschutzbericht zu belegen, dass sich die Partei DIE LINKE programmatisch auf den Spuren Lenins bewege. Dass das hanebüchener Unsinn ist, scheint auch der Verfassungsschutz zu ahnen; je wortreicher seine Herleitungen und Behauptungen, um so weniger Substanz steckt dahinter. Es werden einzelne Vertreter zitiert, die weder repräsentativ noch innerhalb der Partei einflussreich sind.

Auch die Behauptung, es würden „wesentliche Elemente der marxistischen Geschichts- und Gesellschaftstheorie“ fortgeführt, kann der Bericht nicht an einer einzigen Stelle belegen. Da spricht schon mehr dafür, Peer Steinbrück beobachten zu lassen. Denn der hatte im Spiegel eingeräumt: "Generell muss man wohl sagen, dass gewisse Teile der marxistischen Theorie doch nicht so verkehrt sind."

### **Der Verfassungsschutz betreibt Wahlkampf**

Dass ausgerechnet im Wahljahr 2009 ein Verfassungsschutzbericht für NRW erscheint, in dem auf zehn Seiten ausschließlich (wenn auch wenig überzeugend) hergeleitet werden soll, warum DIE LINKE beobachtet werden müsse, hat einen parteipolitischen Beigeschmack. Hier soll ganz offensichtlich die Munition geliefert werden, die in den kommenden Monaten im Vorfeld von Europa-Kommunal- und Bundestagswahl abgefeuert werden soll. Getroffen wird die Linkspartei, gemeint sind alle, die sich für eine gerechtere, demokratischere und friedlichere Gesellschaft engagieren und dabei in Frage stellen, dass das auf Basis der kapitalistischen Ökonomie langfristig erfolgreich möglich ist. Diese ausführliche Würdigung der Linkspartei zeigt, dass die herrschende politische Klasse selbst nicht mehr daran glaubt, im Angesicht der Krise die überzeugenderen Argumente zu haben – also gehen sie zu Lügen und Hetze über. Doch davon werden wir uns nicht einschüchtern lassen!